



Kanton Glarus
Departement Bildung und Kultur
Gerichtshausstrasse 25
8750 Glarus

Ennenda, 30. August 2021

Gesetz über die familien- und schulergänzenden Betreuungsangebote (Kinderbetreuungsgesetz, KiBG); Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Regierungsrat Markus Heer
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Grünen des Kantons Glarus danken bestens für die Möglichkeit, zum geplanten Gesetz über die familien- und schulergänzenden Betreuungsangebote (Kinderbetreuungsgesetz, KiBG) eine Stellungnahme abgeben zu können. Zudem begrüßen wir es, dass eine informative Informationsveranstaltung dazu gemacht wurde und dass die geplante Erweiterung des Engagements der öffentlichen Hand im Bereich der familien- und schulergänzenden Betreuung in Zusammenarbeit mit einer breit abgestützten Projektgruppe erarbeitet wurde.

1) Allgemeines

Die Grünen unterstützen es, dass sich die Regierung der Wichtigkeit dieser Thematik bewusst ist und dafür vorausschauend rechtliche Grundlagen schafft.

Wir unterstützen die Absicht, die Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit rechtzeitig weiter zu entwickeln, so dass der Kanton Glarus als Wohnort attraktiv bleibt. Dies leistet zudem einen nötigen Beitrag dazu, dass – vor allem in «Frauenberufen» wie in der Primarschule oder in der Pflege – der Arbeitskräftemangel nicht weiter zunehmen wird.

Wir möchten anregen, die Begriffe in der Erklärung und den Kommentaren zu vereinheitlichen oder allenfalls mit einem Glossar zu versehen. Die verwendete Terminologie ist nicht immer eindeutig und kann zu Missverständnissen führen, welche der guten Vorlage schaden könnten (z.B. Tarif = Rabatt in Fr. / Maximalwert Betreuungsgutschein = Pauschale / Pauschale = Beitrag öffentliche Hand / etc.).



II) Hauptanliegen / Wichtige Punkte

Speziell erwähnen möchten wir folgende drei zentrale Punkte:

1. Tagesfamilien

Tagesfamilien entlasten gerade Berufstätige mit speziellen Bedürfnissen (unregelmässige Arbeitszeiten) sehr. Es ist wichtig, dass dieses Angebot in die Grundlagen aufgenommen wird.

2. Obligatorium

Der Artikel 14 sieht ein mögliches Obligatorium vor. Wir bitten Sie zu prüfen, ob diese Verpflichtung auf zurückgestellte Kinder (späterer Eintritt in die Schulpflicht) oder auf Kinder aus sozial benachteiligten oder schwierigen Verhältnissen ausgedehnt werden könnte. Unseres Erachtens gibt es verschiedenen Faktoren, welche eine Benachteiligung auslösen (nicht nur der sprachliche Aspekt) und wünschenswert wäre, all diese möglichst früh abfangen zu können.

3. Spielgruppen - Vereinfachung

Die Vereinfachung von Bewilligung und Aufsicht z.B. für Spielgruppen vorzusehen, ist uns Grünen sehr wichtig. Es muss unbedingt vermieden werden, dass der administrative Aufwand der sehr engagierten Anbieter nicht unnötig vergrössert wird.

Die Fragen sind im separaten Dokument beantwortet.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüssen

Grüne des Kantons Glarus

Dr. Priska Müller Wahl, Co-Präsidentin

Beilage: Fragebogen